

**Die Politik des „Kaiserbriefes“.****Das Dilemma der Pariser Regierung.**

Die französische Parlamentskommission für auswärtige Angelegenheiten soll von den Auskünften Clémenceaus und Ribots über den „Kaiserbrief“-Zwischenfall nicht befriedigt sein und die von Clémenceau vorgelegten „Dokumente“ als ungenügend erklärt haben. Der von der Kommission zur Ueberprüfung der ganzen Sache bestellte Hünerauschuß wird zwar mit seinen Arbeiten erst am kommenden Montag zu Ende kommen, aber schon die lange Dauer und Umständlichkeit des Verfahrens deuten darauf hin, daß etwas in den Enthüllungen Clémenceaus nicht stimmt. Das französische Parlament steht vor der Alternative:

Entweder läßt es den von Clémenceau mitgeteilten Briextext als echt gelten — dann steht der Enthüller Clémenceau vor dem französischen Volke und vor der ganzen Welt als der verbrecherische Vereitler einer Friedensgelegenheit, als der Vernichter einer für Frankreich sehr annehmbaren Friedensmöglichkeit da und das französische Volk muß zur furchtbaren Erkenntnis gelangen, daß es seit dem Frühjahr 1917 völlig zwecklos blutet, völlig zwecklos von der eigenen Regierung zur Schlachtbank geschleppt wird;

oder aber es erklärt den Briextext, wie ihn Clémenceau mitgeteilt hat, auf Grund der Prüfung der Dokumente und des ganzen Materials für falsch oder für verfälscht und stellt sich hiedurch ganz auf den Boden der Wiener amtlichen Feststellungen und der feierlichen Erklärungen des kaiserlichen Autors — dann bleibt an Clémenceau zwar noch immer genug von dem Vorwurfe hängen, daß er mutwillig eine Gelegenheit, über einen Verständigungsfrieden zu verhandeln, verpaßt und zerstört habe, aber noch unmittelbarer trifft ihn die Anklage, auf Grund eines ganz unzulänglichen Materials den Kaiser von Oesterreich und die Wiener Regierung, also gerade jene Faktoren, bei denen man in Frankreich noch am ehesten Verständnis für die französischen Wünsche voraussetzen zu dürfen geglaubt hat, in ganz unflätiger Weise beschimpft und sich selbst und Frankreich dadurch aufs äußerste bloßgestellt zu haben.

Für welche Alternative immer sich die französische Kammer entscheidet, sie ist reichlich bitter für Frankreich und mörderisch für das Kabinett des Herrn Clémenceau. Denn es ist nicht wahrscheinlich, daß in Frankreich das regierte Volk bereits so unheilbar krank oder die Konstitution des regierenden Jakobinerhauptideals so stark sei, daß nicht jeder der beiden schweren Vorwürfe ans Leben greifen müßte.

Während in Oesterreich noch der Streit der Meinungen sich mit den von den Ereignissen längst in den Hintergrund gedrängten Fragen beschäftigt, erstens ob es überhaupt zweckmäßig war, das Wagnis jenes Briefes, auch in der nichtverfälschten Urform und in einwandfreier Fassung, auf sich zu nehmen, zweitens ob es, nachdem einmal Anknüpfungsversuche geschehen waren, klug war, daß Graf Czernin mit seiner Mitteilung vom 2. April den französischen Ministerpräsidenten bloßstellte und zu zornigen, besinnungslosen Erwiderungen reizte, ist der ganze Zwischenfall bereits in ein völlig neues Stadium getreten, wo der Gegenstand des Wiener Streites zu einer nebensächlichen Vorfrage wird.

In Wien darf man jetzt in aller Gemütsruhe zusehen, wie man sich in Paris aus der Schlinge zu ziehen anstrengt, zu der Clémenceaus Unüberlegtheit den Kaiserbrief gemacht hat. Nicht mehr dieser, sondern seine Wirkungen beherrschen den Schauplatz. Und diese Wirkungen drohen — durch Gottes Fügung und Clémenceaus Leidenschaftlichkeit — für die Verhandlungsregierungen zu einer so ernsten Gefahr zu werden, daß sich die Mittelmächte zur Absendung des Briefes heute nur beglückwünschen können. Diese Erkenntnis ist nicht unwichtig auch für die fernere Haltung der infolge der letzten Ereignisse und Enthüllungen leidenschaftlich erregten parlamentarischen Parteien in Oesterreich.

ZR. Genf, 23. April.

Die von Clémenceau den vereinigten Kammerauschüssen übergebenen Aktenstücke in Angelegenheit des Kaiserbriefes und des Grafen Revertera werden von einem fünfgliedrigen Ausschuss geprüft, dem auch Marcel Cachin und die früheren Minister Barthou und Albert Thomas angehören. Für kommenden Montag ist die letzte Sitzung der Untersuchungskommission angesetzt. An diesem Tage werden Briand, Ribot und Painlevé einvernommen werden.